

110. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Plant das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz weiterhin, die Einfuhr von Jagdtrophäen geschützter Tiere nach Deutschland noch weiter einzuschränken?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Jan-Niclas Gesenhues
vom 9. April 2024**

Das Bundesumweltministerium arbeitet innerhalb der EU gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten kontinuierlich daran, das EU-Recht im Hinblick auf die Einfuhr von Jagdtrophäen von unter dem Washingtoner Artenschutzabkommen geschützten Arten so zu verbessern, dass wir unserer Verantwortung zur Bekämpfung der Artenkrise gerecht werden können.

111. Abgeordneter
René Bochmann
(AfD)
- Wird die Bundesregierung das vom Bundesumweltamt favorisierte Projekt, Wasser aus der Elbe unterirdisch in die Spree einzuleiten (3.000 Liter pro Sekunde), umsetzen, und wird dadurch nicht die Realisierung des Gesamtkonzeptes „Elbe“ mit dem Ziel von 1,40 Meter Mindestwassertiefe gefährdet (<https://gwf-wasser.de/branche/wasser-aus-der-elbe-soll-berlin-retten/>)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Dr. Bettina Hoffmann
vom 9. April 2024**

Die Überleitung von Wasser aus der Elbe in die Spree ist eine Handlungsoption, die in der vom Umweltbundesamt beauftragten Studie „Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz“ vorgeschlagen wird (siehe www.umweltbundesamt.de/publikationen/wasserwirtschaftliche-folgen-des-braunkohleausstiegs-in-der-lausitz). Die Studie kann grundsätzlich als Grundlage weiterführender und detaillierender Untersuchungen und Abstimmungen verwendet werden, die aus Sicht der Länder und des Bundes noch zwingend erforderlich sind. Dies betrifft sowohl räumliche als auch fachliche und rechtliche Fragestellungen in Bezug auf die Wasserwirtschaft, den Naturschutz und die Bundeswasserstraßen, also auch mögliche Auswirkungen auf das Gesamtkonzept Elbe.

Die Umsetzung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen für ein Wassermanagement in der Lausitz und nachfolgend im Spreeinzugsgebiet ohne Bergbaueinflüsse liegt in der Zuständigkeit der betroffenen Bundesländer.